

Die reale Wirtschaft braucht eine Stimme



Die Industrie leidet unter den Folgen der Finanzkrise. Doch sie schafft es nicht, ihre Interessen gegen die Macht der Finanzwirtschaft durchzusetzen.

VON ALBRECHT MÜLLER

Da können Sie in der Realwirtschaft schuften und machen, was Sie wollen, gegen diese Spekulation kommen Sie nicht an.“ So zitiert das Handelsblatt den Chef von Bosch, Franz Fehrenbach. Er hatte zusammen mit einigen anderen Unternehmern im September 2011 seine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Finanzwirtschaft mit ihren dubiosen Finanzprodukten und Spekulationen immer mehr zur Bedrohung für die wertschöpfende Wirtschaft wird. Vertreter der Industrie hatten damals konkrete Forderungen erhoben. Sie sprachen sich für eine schärfere Regulierung der Banken und für den Verzicht auf Finanzinstitute aus, die sich auf virtuelle und komplexe Finanztransaktionen spezialisiert haben; Leerverkäufe und andere Finanztransaktionen, die nichts mehr mit realen Geschäften zu tun haben, solle man verbieten.

Das ist starker Tobak, aber nicht wohlübertrieben. Es geht nicht an, dass Investmentbanker auf den Finanzmärkten

ten munter spekulieren und sich dann die Wettschulden von den Steuerzahlern bezahlen lassen. Es ist gut, dass sich die Vertreter der Industrie dagegen zu Wort melden. Endlich, könnte man sagen. Denn die produzierende Wirtschaft und die dort tätigen Mitarbeiter bezahlen die Banken-Rettungsschirme. In Berlin steht kein Goldesel. In Frankfurt auch nicht. Die Rettungsschirme und übrigens auch die Milliarden Boni und Vergütungen für die Investmentbanker müssen irgendwo erarbeitet werden. Sie werden da erarbeitet, wo Wertschöpfung stattfindet: Bei den Handwerkern und in der Industrie, im Einzelhandel, in der Landwirtschaft und in allen anderen Gewerben, die reale Werte schaffen – übrigens einschließlich jener Banken, die das Geld der Sparer einsammeln, Kredite vermitteln und den Zahlungsverkehr regeln. Auch das sind reale, wertschöpfende Leistungen.

Die in der wertschöpfenden Wirtschaft Tätigen bezahlen die Verluste des Finanzcasinos. Machen wir uns nichts vor, was da z.B. mit über 100 Milliarden zur Rettung der Münchner HRE oder mit 10 Milliarden an die Düsseldorfer IKB oder mit 18,2 an die Commerzbank floss und fließt, fällt nicht vom Himmel. Hinzu kommt, dass die Arbeit der wertschöpfenden Wirtschaft von den Turbulenzen und Spekulationen

auf den Finanzmärkten ständig gestört wird: Währungsschwankungen, Kursschwankungen an den Börsen, ständige Rettungsversuche für Banken und Staaten – dies alles schafft Unruhe und Unsicherheit und zwingt unsere Industrie zu ständig neuen Kalkulationen und teuren Versuchen, sich gegen die von den Finanzmärkten kommenden Kursschwankungen abzusichern.

Die Politik handelt nicht

Angesichts dieser doppelten Belastung ist es verständlich, dass sich Vertreter der Industrie zu Wort melden. Aber wo ist die Reaktion geblieben? Hat die Politik geantwortet? Nein. Die spricht seit vier Jahren von einer besseren Regulierung des Finanzsektors, ohne etwas Wirkungsvolles gegen Spekulation zu tun. „Seit 2008 reden wir darüber, die Finanzmärkte zu regulieren. Aber bisher ist viel zu wenig geschehen, um Hedgefonds und andere Großspekulant in die Schranken zu weisen,“ so der Chef von Bosch in einem Interview. Er hat darin auch kritisiert, dass die US-Investmentbank Goldman Sachs eine Anleitung hat schreiben lassen, wie man gegen die Eurozone mit Gewinn wetten kann. Ein unglaublicher Vorgang. Fehrenbach hat ihn wiederholt kritisiert. Aber wo bleibt die Reaktion und Aktion der Verbände, die die Industrie und die anderen Gewerbe vertre-

ten? Wo bleibt der Protest der Verbände der Realwirtschaft gegen die Vorherrschaft der Kasino-Finanzwirtschaft und ihr zerstörerisches Treiben? Haben Sie vom Zentralverband des Deutschen Handwerks und vor allem vom BDI, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, Zielführendes und Konkretes zu den Forderungen seiner Mitgliedsunternehmen gehört? Fehlanzeige. Ich habe mir zum Test die Rede des BDI-Präsidenten beim Tag der Deutschen Industrie Ende September 2011 wie auch die Pressemitteilung zur Jahresauftaktkonferenz 2012 und die Internetseite des BDI angesehen. Nirgendwo werden so konkrete und im guten Sinne radikale Forderungen zur Bankenregulierung und zur Schließung des Finanzkasinos erhoben, wie von den in der Praxis tätigen Unternehmern.

Vermutlich steht auch der Bundesverband der Deutschen Industrie unter dem Einfluss der Finanzindustrie. Diese hat ein enges Netz von einflussreichen Personen über Politik und Wirtschaft gespannt. Allein schon das Netz von Goldman Sachs ist beeindruckend. Aus diesem Stall kommen der Präsident der Europäischen Zentralbank, der griechische Ministerpräsident, der italienische Ministerpräsident und der Berater der Bundeskanzlerin Otmar Issing. Goldman Sachs hat ehemalige Kommissare der EU und führende Per-

sonen des Internationalen Währungsfonds in seinen Diensten.

Schuldenkrise ist eine Bankenkrise

Die Spitzenverbände von Industrie und Gewerbe Deutschlands fügen sich offensichtlich in diese Machtstrukturen ein. Deutlich erkennt man diese Nähe am Sprachgebrauch des Präsidenten Keitel vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Er übernimmt den Trick der Finanzindustrie, die heutige Krise eine Schuldenkrise zu nennen und damit zu verschleiern, dass am Anfang eine Finanz- und Bankenkrise stand. Die meisten Staaten, von Irland über Deutschland bis nach Spanien, haben sich zur Rettung maroder Banken massiv verschuldet. Der Schuldenstand in Deutschland stieg von 66,7 Prozent im Jahr 2008 auf 81 Prozent im Jahr 2011, in Spanien von 40,1 Prozent auf 69,6 Prozent, in Irland sogar von 44,3 auf 108,1 Prozent. Das sind zuallererst die Folgen der Bankenrettung. Aber der BDI-Präsident spricht pauschal von Schuldenkrise. Wer die Finanzwirtschaft so schon, wird den Bedürfnissen der realen, wertschöpfenden Wirtschaft nicht gerecht.

Albrecht Müller war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes. Der Volkswirt arbeitet als freier Autor.